

Der Tag des Bodens 2008 mit einem Schwerpunkt auf Jaffa

Der **30. März 2008** war der 32. Jahrestag des „Tages des Bodens“ der arabisch-israelischen Bevölkerung. Aus Protest gegen umfangreiche Landenteignungen in Galiläa, die aus „Gründen der Sicherheit“ und für Siedlungszwecke (nach offiziellem Regierungsprogramm: für „die Judaisierung von Galiläa“) durchgeführt wurden, fanden am **30. März 1976** ein Generalstreik und Demonstrationen der arabischen Bevölkerung Israels statt. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und dem von der Polizei zur Unterstützung hinzugezogenen Militär. Sechs unbewaffnete Demonstranten wurden dabei von den Sicherheitskräften getötet und mehr als hundert verletzt. Seit dem ist der „Tag des Bodens“ ein jährlicher Gedenk- und Protesttag, an dem nicht nur das Gedenken an die Opfer der Ereignisse von 1976 im Mittelpunkt steht, sondern auch der Protest gegen weitere Enteignungen und die fortdauernde Diskriminierungspolitik gegenüber der arabisch-israelischen Bevölkerung in Landfragen.

In einer Pressemitteilung zum diesjährigen Tag des Bodens hat die israelische Menschen- und Bürgerrechtsorganisation **Association for Civil Rights in Israel** (ACRI) die folgenden Daten veröffentlicht:¹

- Seit 1948 ist die arabische Bevölkerung in Israel um das 8-fache angewachsen, während sich das Land, das ihr zur Verfügung steht, um die Hälfte verringert hat.
- Gegenwärtig sind 18 Prozent der gesamten israelischen Bevölkerung arabisch. Die große Mehrheit der arabisch-israelischen Bevölkerung (ca. 16 Prozent der Gesamtbevölkerung) lebt in Ortschaften mit einer arabischen Mehrheit. Diesen Ortschaften stehen weniger als 2,5 Prozent des gesamten Landes zur Verfügung.
- 13 Prozent der Böden, die der israelischen Landverwaltung unterstehen, gehören dem Jüdischen Nationalfond (*Keren Kayemet Le-Israel*), was bedeutet, dass arabische Bürger kein Recht haben, diese Böden zu pachten. Das gilt auch für Wohnungen in Gebäuden, die auf solchen Böden in Städten gebaut wurden.
- Die meisten arabischen Ortschaften haben keine genehmigten Bebauungspläne, es können also keine Baugenehmigungen erteilt werden. Das hat zur Folge, dass die betroffene Bevölkerung gezwungen ist, illegal zu bauen und so Gefahr zu laufen, dass ihre Häuser abgerissen werden, und sie schwere Geldstrafen bezahlen müssen.
- Seit der Staatsgründung wurden mehr als 600 neue jüdische Ortschaften gegründet, aber absichtlich keine einzige arabische (abgesehen von einigen wenigen Ortschaften, die als Zentren für Beduinen im Rahmen von einem „Bodentausch“² im Negev und in Galiläa geschaffen wurden).
- Duzende von arabischen alteingessenen Ortschaften, insbesondere Beduinendörfer, werden vom Staat nicht anerkannt, der ihre Räumung fordert.

Wie in früheren Jahren richteten sich die Hauptprotestaktionen zum Tag des Bodens gegen Abrissverfügungen von „illegalen“ Bauten im Norden des Landes sowie auf gegen die Nichtanerkennung von Beduinendörfern im Negev.³ Diese erhalten aufgrund der fehlenden staatlichen Anerkennung u.a. keinen Anschluß an das Elektrizitäts-, Wasser-Telephon- und Strassennetz und sind von der Zwangsräumung bedroht.

In diesem Jahr war zum ersten Mal die **Situation in Jaffa** ein Schwerpunkt der Protestaktionen zum Tag des Bodens. Das Higher Arab Monitoring Committee (Hohes Komitee zur Beobachtung arabischer Angelegenheiten in Israel), das u.a. die Aktionen zum Tag des Bodens koordiniert, hatte diesen Schwerpunkt auf Antrag des Bürgerkomitees zur Verteidigung der Rechte auf Wohnung und Grundbesitz von Jaffa in das Programm aufgenommen. Das Bürgerkomitee hofft, damit auf die Wohnungsnot der arabischen Bevölkerung in Jaffa aufmerksam zu machen. Gabi Abed, der stellvertretende Vorsitzende der Organisation *Rabita* (Liga für die arabische Bevölkerung von Jaffa) betont, dass die Hauptveranstaltungen zum Tag des Bodens gewöhnlich im Negev und/oder in Galiläa stattfinden, aber nur sehr selten in gemischten (jüdisch-arabischen) Ortschaften. Doch dieses Jahr sei es angesichts der prekären Situation in Jaffa notwendig Alarm zu schlagen.⁴

An der Protestveranstaltung in Jaffa, die am Freitag, den 28. März 2008, statt fand, beteiligten sich ca. 1.000 Menschen. Die Teilnehmer waren sowohl jüdisch als auch arabisch; und zum Teil kamen Familien mit ihren Kindern. Die Rednerliste spiegelte die breite Koalition, die zur Zusammenarbeit in dieser Frage gewonnen werden konnte, wider.⁵ Der Hauptslogan richtete sich gegen eine „wirtschaftliche Vertreibung“. ⁶ Der aktuelle Anlass der Protestaktion besteht darin, dass gegenwärtig 497 Wohnungen in Jaffa (primär in den Vierteln Ajami und Jabaliya) die **Zwangsräumung** und der Abriss drohen. In den allermeisten dieser Wohnungen leben arabische Familien. Die Abrissverfügungen werden mit illegalen baulichen Veränderungen begründet. Die meisten dieser Veränderungen wurden vor 30-40 Jahren durchgeführt, so dass die gegenwärtigen Bewohner sie häufig nicht selbst durchgeführt haben und mit unter gar nichts von ihnen wissen.⁷

Während des Krieges von 1948 kam nur ein Teil von Jaffa, das Manschiye Viertel, das an Tel Aviv angrenzte, unter militärischen Beschuss. In den heftigen Kämpfen, die auf israelischer Seite von der Revisionistengruppe „Ezel“ geführt wurden, wurden viele Gebäude in dem Viertel zerstört. Später wurde das ganze Viertel, bis auf wenige Gebäude (u.a. die *Hasan Bek* Moschee und ein Gebäude, das nun als „Ezel“ Museum dient), abgerissen und der Schutt ins Meer geschoben. Auf dem aufgeschütteten Land wurde ein Park angelegt und das „Dophinarium“ gebaut. Angesichts der heftigen Kämpfe und der Furcht, was folgen mag, flohen viele arabische Bewohner, was durch den Hafen begünstigt wurde. So befanden sich nach der Staatsgründung nur noch wenige der ursprünglichen arabischen Bewohner in Jaffa. Nach einem von der britischen Mandatsverwaltung durchgeführten Zensus lebten 1945 etwas mehr als 100 000 Menschen in Jaffa, davon waren fast 54000 muslimisch, 17000 christlich und fast 31000 jüdisch. Nach dem Krieg von 1948 befanden sich weniger als 5000 arabische Bewohner

in Jaffa.⁸ Jaffa wurde der Stadt Tel Aviv eingegliedert. Das Eigentum der geflohenen Bevölkerung (der „Abwesenden“) wurde einer Abteilung des Justizministeriums, die für Vermögensverwaltung zuständig ist („*Apotropos klali*“), unterstellt.⁹ Wie in anderen Ortschaften wurde die Verwaltung der Gebäude in Jaffa, die „Abwesenden“ gehören, von der Abteilung des Justizministeriums an *Amidar*, eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft, die für Sozialwohnungen zuständig ist, übertragen.¹⁰ In den 50er Jahren vermietete *Amidar* die Wohnungen und Gebäude an Bewohner von Jaffa, die keine eigene Wohnung hatten, zu „Schlüsselgeld“-Bedingungen. Die Mieter zahlten 2/3 des Kaufpreises und danach eine sehr geringe Miete. Damit wurden sie „geschützte Mieter“ und verfügten über unbegrenztes Wohnrecht. Nach geltendem Recht sind diese Mieter allerdings nicht dazu berechtigt, bauliche Veränderungen an den Wohnungen vorzunehmen, es sei denn, der Vermieter genehmigt diese. Möglicherweise wussten die Mieter nichts von dieser Beschränkung. Auf jeden Fall hat *Amidar* für Jahrzehnte nichts unternommen, um die Beschränkung durchzusetzen. So wurden im Laufe der Jahre größere Wohnungen in kleinere aufgeteilt oder andere umgebaut oder renoviert. Erst in den späten 80er Jahren hat *Amidar* die Genehmigungspflicht eingefordert. Damals wurden die Mieter darauf aufmerksam gemacht, dass sie eine Genehmigung brauchen. Wenn sie diese beantragten, wurde sie meist – selbst für notwendige Reparaturen, wie zum Beispiel die Erneuerung der Wasserleitungen – verweigert. Diese Massnahmen betrafen gegenwärtige oder bevorstehende Veränderungen, heute geht es um Veränderungen in der Vergangenheit. Mit der Begründung, dass nun endlich Ordnung gemacht werden müsse,¹¹ sollen Gebäude, die unbefugterweise baulich verändert wurden, geräumt und abgerissen werden. Auch sollen ungefähr ein fünftel der betroffenen Wohnungen „besetzt“ sein, d.h. dass die Bewohner keinen gültigen Mietvertrag nachweisen können.

Die **arabische Bevölkerung von Jaffa** sieht in der gegenwärtigen Kampagne einen ersten Versuch, sie aus Jaffa zu verdrängen.¹² Obwohl Jaffa der Stadtverwaltung von Tel Aviv untersteht, waren und sind die Lebensbedingungen in Jaffa sehr viel schlechter als in vielen Teilen von Tel Aviv, insbesondere in Hinblick auf öffentliche Einrichtungen und Dienste, wie zum Beispiel Kindergärten und Schulen. Hinzu kommt die Probleme einer hohen Kriminalitätsrate und Drogenmissbrauch. Auch die jüdische Bevölkerung von Jaffa (es wurden meist Neueinwanderer, zum Beispiel aus Bulgarien in Jaffa angesiedelt) gehört meist zu den ärmeren Schichten. Aufgrund der schlechten Bedingungen sind viele der ehemaligen Neueinwanderer weggezogen, sofern oder sobald sie es sich leisten konnten. Heute hat Jaffa ca. 60 000 Einwohner, davon sind etwas weniger als 20 000 arabisch.¹³ In den Vierteln Ajami und Jabaliya sind 80 Prozent der Bevölkerung arabisch und 20 Prozent jüdisch. Wenn die bevorstehenden Zwangsräumungen durchgeführt werden, von denen fast 17 Prozent der gesamten arabischen Bevölkerung Jaffas betroffen sind, wird dies das prozentuale Verhältnis in diesen beiden Vierteln fast genau umkehren.¹⁴ Dies ist nicht der erste Versuch, die arabische Bevölkerung aus Jaffa zu verdrängen, aber sicher der mit der größten Aussicht auf Erfolg. Wie erwähnt hat *Amidar* seit den späten 80er Jahren versucht, seine „geschützten Mieter“ durch eine restriktive Genehmigungspolitik loszuwerden. Die Häuser, die auf diese Weise geleert wurden, wurden meist abgerissen, damit sie nicht besetzt werden können. In den 90er Jahren kam der Denkmalschutz hinzu. Arabische Gebäude in Jaffa, primär die ehemals stattlichen Häuser der arabischen oberen Schichten,

wurden als historisch wertvoll entdeckt und unter Denkmalschutz gestellt. Das bedeutet, dass ein Architekt der Stadt einen Plan entwirft, wie diese Gebäude angemessen zu renovieren sind. Solche Renovierungen sind in der Regel ausgesprochen teuer, weil sie hinsichtlich des Materials und der Methoden, die benutzt werden dürfen, an strenge Kriterien gebunden sind. Die Bewohner werden damit vor die Wahl gestellt, entweder zu zahlen oder auszuziehen. Menschen mit geringen finanziellen Mitteln haben somit keine Wahl.

In den letzten Jahren ist noch ein weiterer Faktor hinzugekommen: ein **Boom im Immobilienmarkt**. Dieser wurde zum Teil dadurch ausgelöst, dass sich der Trend in den wohlhabenderen Schichten, aufs Land zu ziehen, umgekehrt hat, und dies wieder in die Stadt ziehen. Auch lässt sich nach dem zweiten Libanonkrieg ein deutlicher Trend von der Peripherie ins Zentrum, vor allem nach Tel Aviv und Umgebung erkennen. Hinzu kommen Interessenten aus dem Ausland, u.a. viele französische Juden, die sich eine Zweit-, bzw. Ferienwohnung oder einen Alterswohnsitz in Israel kaufen, und die Meeresnähe bevorzugen. Diese Entwicklungen haben zu einem starken Anstieg der Immobilienpreise in Tel Aviv geführt, die auch vorher schon relativ hoch waren. Dies wiederum zieht Spekulanten und andere Anleger, die aus den instabilen Aktienmärkten flüchten, an und so wird die Preisspirale weiter nach oben getrieben. Die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt hat Stadtteile, die über Jahrzehnte hin vernachlässigt und übersehen wurden, ins Zentrum des Interesses gebracht.

Ein Vorreiter dieser Entwicklung war das **Schabazi/Neve Zedek** Viertel. Dies wurde als erstes jüdisches Viertel von Jaffa, nordöstlich von der Altstadt und westlich der damaligen Eisenbahnlinie, vor 120 Jahren gegründet. Bei der Gründung von Tel Aviv wurde Schabazi eines der ersten Stadtviertel der neuen Stadt. Im Laufe der Zeit wuchs Tel Aviv weiter nach Norden, während das Schabazi Viertel zu einem Armenviertel herabsank, nicht zuletzt vielleicht wegen seiner Nähe zu Jaffa.¹⁵ Seit den 80er Jahren gab es Versuche, das Schabazi-Viertel zu beleben, allerdings mit beschränktem Erfolg. Erst seit Ende der 90er Jahren hat sich die Situation drastisch geändert. Heute ist das Viertel mit seinen relativ niedrigen Bauten, die häufig ein rotes Ziegeldach tragen, den engen Gassen und seiner relativen Nähe zum Meer eines der teuersten Wohnviertel der Stadt.

Ein anderes Beispiel ist **Kfar Shalem** ein weiter östlich gelegenes Armenviertel. Zwar ist es nicht in Meeresnähe, doch verspricht seine zentrale Lage, dass es eine attraktive Wohngegend für zahlungskräftige Yuppies werden kann. 1949 wurde aus dem arabischen Dorf Salameh, das vor dem Ausbruch des Krieges von 1948 ca. 7000 Einwohner hatte, das Kfar Shalem Viertel von Tel Aviv. Nicht zuletzt um die Rückkehr der arabischen Bewohner zu verhindern, wurden dort von der *Jewish Agency* in Zusammenarbeit mit der *Histadrut* (Gewerkschaft) und der Tel Aviver Stadtverwaltung 20 000 Neueinwanderer, vor allem aus dem Yemen, angesiedelt. Das neue, völlig überfüllte Stadtviertel wurde zu einem Armenviertel, blieb lange Zeit ohne Kanalisation und asphaltierte Strassen. Relativ früh (in den 60er Jahren) begann ein Interesse an einer Sanierung, die nach Ansicht der Planer allerdings nur ohne die Bewohner möglich ist. Der „Evakuierungsprozess“ begann mit einer gesetzlichen Entschädigungsregelung, die 1965 verabschiedet wurde. Nach einer anfänglichen Abwanderungswelle kam der Prozess ins Stocken. Anfang der 90er

Jahre konnten einige hundert Familien durch relativ hohe Entschädigungszahlungen zum Auszug bewegt werden. Das Programm wurde 1996 eingefroren, obwohl „das Problem“ immer noch nicht gelöst war. Die noch verbliebenen Bewohner sollten nach Meinung der zuständigen Stellen ohne (hohe) Entschädigungszahlungen ausziehen. 2004 wurden die Kriterien für Entschädigungszahlungen erheblich verschärft. Darüber hinaus wurde im letzten Jahr eine zusätzlich Rechtsgrundlage zur Zwangsräumung gefunden: nun heißt es, dass zumindest ein (größerer) Teil der Böden Privateigentum sei. So soll ein Teil des Bodens nicht Palästinensern, sondern einem britischen Investor gehört haben, der nicht als „Abwesender“ gilt, da er kein Palästinenser war. Mithin blieb er nach 1948 Eigentümer und konnte sein Eigentum verkaufen. Auch soll *Amidar*, die auch hier das Eigentum der „abwesenden“ Palästinenser verwaltet, schon in den 50er Jahren einen Teil des Bodens (zusammen mit den darauf lebenden Bewohnern, die davon nicht informiert wurden und die 60 Jahre lang ihre Miete an *Amidar* gezahlt haben) an private Hände verkauft haben. Heute fordern die Eigentümer die Bewohner, die nun nach geltendem Recht als „Häuserbesetzer“ betrachtet werden, dazu auf, die Grundstücke ohne Entschädigung zu räumen. Diese Forderung konnte gegenüber dutzenden von Familien Ende letzten Jahres auch gerichtlich durchgesetzt werden.¹⁶ Es kam trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Protestaktionen, an denen sich auch Aktivisten aus Jaffa aus Solidarität beteiligt haben, zur Zwangsräumung.

Die Entwicklung in Jaffa ist Teil des selben Grundmusters, doch sind in diesem Fall die Ausmaße sehr viel größer. Nicht zuletzt auch in Folge der Abrisspolitik von *Amidar* seit den späten 80er Jahren gibt es in Jaffa sehr viele leere Grundstücke. Nicht wenige der gegenwärtig von Abrissverfügungen bedrohten Gebäude sind „störende Elemente“ auf ansonsten freien Flächen, die sich für Großbauprojekte eignen. Im Rahmen der sogenannten Sanierung von Jaffa werden staatlich-verwaltete Böden von „Abwesenden“ an private Bauunternehmer zum Bau von Luxuswohnungen vergeben,¹⁷ von denen sich die Stadtverwaltung hohe städtische Abgaben erhofft. Damit die Luxuswohnungen sich angemessen verkaufen oder vermieten lassen, muss auch die Umgebung verbessert werden. Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung stellt die Stadt jetzt große Summen zur Verbesserung der Infrastruktur bereit. Allein 2007 investierte die Stadt Tel Aviv eine Milliarde Schekel (ca. 180 Millionen Euro) für diesen Zweck.¹⁸ Auch werden öffentliche Projekte gefördert, die wohlhabendere Schichten nach Jaffa ziehen sollen. Ein Beispiel dafür ist die seit 1994 bestehende „Zweigstelle“ der Tel Aviv Universität. Diese Hochschule (College) soll im Laufe der Zeit in eine vollwertige Universität ausgebaut werden.¹⁹

Dies bedeutet, dass die Familien, die gegenwärtig von den Räumungsverfügungen bedroht sind, nicht die einzigen Opfer der Entwicklung sind. Die Sanierung und der Zuzug von wohlhabenderen Schichten führt unweigerlich zu einem rasanten **Anstieg der Wohnungspreise** für Kauf und Miete. Die Mehrheit der arabischen Bewohner in Jaffa leben in Mietwohnungen. Der Anteil der „geschützten Mieter“ („Schlüsselgeld“) ist im Laufe der Jahre, wie in ganz Israel, stark zurückgegangen. Die anderen sind wahrlich „ungeschützte Mieter.“ Nach israelischem Recht gibt es in diesem Bereich so gut wie keinen Mieterschutz. Verträge werden gewöhnlich auf ein Jahr abgeschlossen, ohne Anspruch auf Verlängerung. Selbst wenn der Vertrag verlängert wird, kann die Miete

beliebig erhöht werden.²⁰ Angesichts der Tatsache, dass ungefähr die Hälfte der arabischen Bewohner Jaffas zu den untersten sozialen Schichten (die untersten 20 Prozent der israelischen Gesellschaft) gehören, ist absehbar, dass sie bei solch extrem großen Preissteigerungen, die Mieten in kürzester Zeit nicht mehr bezahlen können. Auch haben sie so gut wie keine Ausweichmöglichkeit. Nicht nur sind die arabischen Ortschaften weit entfernt, diese leiden auch angesichts der fehlenden legalen Baumöglichkeiten unter extremen Wohnungsmangel. Auch kommen jüdische Ortschaften kaum in Frage, weil oft offiziell (durch die Kommunalverwaltung) oder privat (Vermieter) keine arabischen Bewohner akzeptiert werden.

Die Bemühungen der Bürgerinitiative zum Schutz des Wohnrechts der Bevölkerung von Jaffa zusammen mit verschiedenen politischen Gruppen und Nichtregierungs-Organisationen eine Lösung des Problems in Jaffa selbst zu finden, sind deshalb um so wichtiger.²¹ Allerdings ist es ausgesprochen schwierig, effektiv Widerstand gegen eine von so starken finanziellen Interessen getragenen Entwicklung zu organisieren. Zum einen liegt dies an der betroffenen Bevölkerung, ihrer fehlende Homogenität, fehlender finanzielle Mittel, fehlender Bildung und vor allem fehlenden Selbstvertrauens. Letzteres ist unter anderem eine Folge der Ereignisse vom Oktober 2000 (vgl. den Bericht vom Februar 2008). Damals führten Demonstrationen in Jaffa nicht nur zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, sondern viele jüdische Israelis sind seitdem nicht mehr nach Jaffa gekommen, was viele Geschäfte und Restaurants ruiniert hat. Darüber hinaus ist es ausgesprochen schwierig, eine breitere Solidarität zu schaffen. Selbst unter der Bevölkerung in Jaffa gehen die Interessen auseinander. Viele der eingesessenen jüdischen Bewohner Jaffas gehören zwar auch zu den ärmeren Schichten, aber sie leben oft in Eigentumswohnungen. D.h., sie können darauf hoffen, von den steigenden Wohnungspreisen zu profitieren. Auch sehen sie in den Oktober Ereignissen einen Wendepunkt. So wird häufig argumentiert, dass damals die arabische Bevölkerung ihre fehlende Loyalität bewiesen und damit ihre Anrechte verwirkt habe. Somit gibt es eine breite Front der Stadtverwaltung, Teilen der lokalen Bevölkerung, der Neuzuziehenden, meist Reichen, und der allgemeine Öffentlichkeit, die (erfolgreich) argumentiert, dass es sich um eine ganz normale, wirtschaftlich bedingte Entwicklung handele, die lediglich zur lang-überfälligen Sanierung Jaffas führe.

Ursula Wokoek
2. April 2008

¹ ACRI, "Tag des Bodens 2008: 'Die Polizei bereitet sich mit verstärkten Einsatzkräften vor' – Presseerklärung" [in Hebräisch] - <http://www.acri.org.il/Story.aspx?id=1784>

² Beduinen müssen ihren Eigentumsrechte an Böden, die von staatlicher Seite bestritten werden, formal aufgeben, und als Gegenleistung erhalten sie Land oder eine Wohnung in einer solchen Ortschaft.

³ Dies betrifft sogar Ortschaften, die schon vor 1948 bestanden haben. Weitere Information finden sich zum Beispiel auf der Website des Negev Coexistence Forums: <http://www.dukium.org/>

⁴ Yigal Hai, "Jaffa to be focus of Israeli Arab protest on 32nd Land Day," *Ha'aretz*, 24 March 2008.

⁵ Das politische Spektrum erstreckt sich von den Parteien Meretz und Hadash bis zur Islamischen Bewegung.

⁶ Die Veranstaltung fand Beachtung in den hiesigen Medien, allerdings lag der Schwerpunkt der Berichterstattung und der darauf folgenden öffentlichen Diskussion auf der Tatsache, dass palästinensische Fahnen auf der Demo zu sehen waren. So zum Beispiel in den aktuellen Programmen des israelischen Nachrichtensenders *Reshet Bet*, und in elektronischen Medien wie der *Jersusalem Post*: „Hundreds of Jaffa Local Mark Land Day (29. March 2008); Ali Waked, “Cries of a 'economic transfer' during Land Day march,” *Israel News*, 28. March 2008 (at: <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3524735,00.html>); IsraelNN.com, “MK Eitam Against ‘Land Day’,” *Arutz sheva*, March 30, 2008.

⁷ Die Arabische Menschenrechtsorganisation (Arab Association for Human Rights) in Israel hat am 28 März, zum Tag des Bodens, einen ausführlichen Bericht zu dieser Frage unter dem Titel: „Ungeschützte Bürger“ in Hebräisch vorgelegt. Der volle Bericht findet sich auf <http://www.arabhra.org/HRA/SecondaryArticles/SecondaryArticlePage.aspx?SecondaryArticle=1650>; sowie eine Kurzfassung auf:

<http://www.arabhra.org/HRA/SecondaryArticles/SecondaryArticlePage.aspx?SecondaryArticle=1650>

⁸ Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*. (Cambridge, 2003), pp. 211-221.

⁹ Da in diesem Zusammenhang jemand als abwesend gilt, der an einem bestimmten Stichtag nicht anwesend war, gibt es auch „anwesende Abwesende“, deren Vermögen von dieser Instanz verwaltet wird.

¹⁰ Die Altstadt, d.h. der Teil, der sich innerhalb der Stadtmauern befindet, ist davon ausgenommen. Dieser ganze Bereich wurde einer Sonderverwaltung unterstellt. Die Altstadt wurde als Touristenzentrum angelegt und die in diesem Bereich gelegenen Gebäude und Wohnungen, mit Ausnahme von Restaurants, können nur von Künstlern, sofern sie nicht arabisch sind, gepachtet werden.

¹¹ Ein Zitat der Stellungnahme des Leiters von *Amidar* findet sich in Yigal Hai, „Protesters rally in Jaffa against move to evict local Arab families,“ *Ha’aretz*, 1. May 2007.

¹² Yoav Stern and Yigal Hai, „Israeli Arabs mark 32nd Land Day with Wadi Ara, Negev protests,“ *Ha’aretz*, 30 March 2007.

¹³ Die arabische Bevölkerung ist u.a. durch Zuzug aus verschiedenen Teilen des Landes gewachsen, sowie durch die Ansiedlung von Kollaborateuren (und ihren Familien), die die Armee andernorts nicht unterbringen konnte.

¹⁴ Lily Galili, “First we’ll take Ajami,” *Ha’aretz*, 27 Dec. 2007; Dan Izenberg, “Rights group: Israel is driving out Jaffa Arabs,” *jpost.com*, 31 March 2007

¹⁵ Das nun nicht mehr bestehende Manshiye-Viertel von Jaffa erstreckte sich bis zum Carmel Markt, der ein jüdisch-arabischer Markt war, und lag zwischen dem Schabazi Viertel und dem Meer.

¹⁶ Meron Rapoport, “Suddenly they are called ‘squatters’,” *Ha’aretz*, 25 Dec. 2007.

¹⁷ Bei den Bauprojekten handelt es sich nicht immer notwendigerweise um leere Grundstücke. Zum Beispiel gehört auch ein Teil des muslimischen Friedhofs in Jaffa zu einem (umstrittenen) Bauprojekt. Yigal Hai, „In Jaffa, a war wages over graves,“ *Haaretz*, 25 March 2008.

¹⁸ Izenberg, “Rights group: Israel is driving out Jaffa Arabs.”

¹⁹ Die Website der Hochschule: <http://www.mta.ac.il/academit/home/index.html>

²⁰ Dies ist ein Hauptgrund dafür das viele Menschen in Israel Wohnungen kaufen. Da die Banken gut an den Hypotheken verdienen, gibt es eine starke Lobby gegen einen angemessenen Mieterschutz.

²¹ Für weitere Informationen siehe zum Beispiel die Website der Initiative: “Die Stadt für uns alle”: city4all.wiki.co.il.